

# N I E D E R S C H R I F T

**über die Sitzung des Revisionsausschuss  
am 28.02.2007**

**Rathaus, Raum 304 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden**

---

**Vorsitz : Stv. Torsten Tollebeek (CDU)**

Anwesende Ausschussmitglieder

siehe Anlage 1

Ferner anwesend:

siehe Anlage 2

---

Bestandteil dieser Niederschrift sind die Drucksachenbände zu den Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung und ihrer Ausschüsse mit den in der Tagesordnung aufgeführten Sitzungsvorlagen (SV) der

Drucksachenlisten (DL)  
Nrn. 53/06

(Drucksachenband 115)

Drucksachenlisten (DL)  
Nrn. 04/07, 05/07

(Drucksachenband 116)

Die mit der Einladung zugegangenen und die in der Sitzung verteilten Beratungsunterlagen sind der Niederschrift entsprechend den Angaben bei den einzelnen Beschlüssen bzw. Protokollnotizen beigefügt.

Die Sitzung ist gemäß § 80a der Geschäftsordnung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Wiesbaden auf Tonträger aufgezeichnet.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird festgestellt, dass zur Bürgerfragestunde das Wort nicht gewünscht wird.

**Beginn: 17:05      Uhr**

**Ende: 19:05      Uhr**

Nach Eröffnung der Sitzung stellt der Vorsitzende die form- und fristgerechte Ladung gem. § 58 Hessische Gemeindeordnung (HGO) in Verbindung mit § 62 HGO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 53 HGO fest.

## Seite 2 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 28.02.2007

Beschl. Nr.	Vorlagen Nr.	Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO
-------------	--------------	--

---

Tagesordnung	siehe Anlage 3
--------------	----------------

Veröffentlichung	siehe Anlage 4
------------------	----------------

Presseberichterstattung	siehe Anlage 5
-------------------------	----------------

### Tagesordnung

#### 0022 Tagesordnung

Die Tagesordnungspunkte 2, 5 und 10 werden in nicht öffentlicher Sitzung behandelt.

Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

einstimmig

**0023**      **07-A-19-0003**  
Genehmigung von Niederschriften

einstimmig

**0024**      **07-F-25-0014**  
Neuordnung der Aufklärung von Unregelmäßigkeiten  
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 01.02.2007 -

Der mündliche Bericht von Herrn Giegerich (Dez. I/LOB) wird zur Kenntnis genommen, wonach bereits Gespräche zwischen den Ämtern I/14, V/11 und der Antikorruptionsbeauftragten stattgefunden haben und dort vereinbart wurde:

1. die Inhalte der bestehenden Verfügungen unter Berücksichtigung der Revisionsordnung und der Funktion AKB neu zu formulieren und dabei einheitliche und klare Begriffe (insbesondere Definition Unregelmäßigkeit) zu verwenden und zur Verdeutlichung entsprechende Beispiele zu benennen,
2. im Sinne einer effektiven Kooperation regelmäßige oder anlassbezogene Besprechungen durchzuführen, in denen die weitere Vorgehensweise im Rahmen der jeweiligen Verantwortung besprochen und festgelegt wird, welche Sachverhalte der Informationspflicht gegenüber Magistrat und Revisionsausschuss unterliegen,

## Seite 3 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 28.02.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

3. zu gewährleisten, dass Fragen von 11, 14 und der AKB im Zusammenhang mit der jeweiligen Aufgabenstellung an Personen, die im Verdacht einer Unregelmäßigkeit stehen, bei notwendiger Aufklärungsarbeit Berücksichtigung finden.

Der Revisionsausschuss legt auf eine umfassende und unverzügliche Information über Unregelmäßigkeiten innerhalb der Stadtverwaltung Wert.

Bei der Ermittlung der Sachverhalte haben die jeweils zuständigen Einheiten die Klärung vorzunehmen und dafür Sorge zu tragen, dass der Ausschuss informiert wird und sichergestellt ist, dass bei Anhaltspunkten, die die Zuständigkeit anderer beteiligter Ämter betrifft, diese unverzüglich hinzugezogen werden.

Der Antragstext wird in geänderter Form angenommen. Nicht der Magistrat wird gebeten, verschiedene Felder zusammenzufassen, sondern dem Oberbürgermeister wird empfohlen, zu prüfen, ob verschiedene Verfügungen zusammengefasst werden können usw..

einstimmig

**0025**      **07-A-19-0005**  
Neugestaltung Ablauf Beschaffungswesen und Verdingungskommission

Stadtrat Grella ist für den vorgenannten Bereich nicht zuständig und kann keine Auskünfte zum Beschaffungswesen geben.

Für die nächste Sitzung des Ausschusses wird das zuständige Dezernat eingeladen und gebeten, einen Ablaufplan vorzulegen.

einstimmig

**0026**      **07-V-20-0007**  
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 31.12.2006 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Zu der Sitzungsvorlage ergeben sich zu den folgenden Punkten Fragen, die z.T. ohne den zuständigen Fachbereich nicht beantwortet werden können:

Punkt 30 der Übersicht	üpl-Ausgaben i.H.v. 60.000 € (sicherheitstechn. Dienst ?) Dezernat V
Punkt 42 der Übersicht	üpl-Ausgaben i.H.v. 47.000 € (GMZ Schelmengraben) - geklärt
Punkt 57 der Übersicht	apl-Ausgaben i.H.v. 10.000 € (Kinderstadtplan) – Dezernat
Punkt 85 der Übersicht	üpl-Ausgaben i.H.v. 21.900 € (Bolzplatz Schulberg) – geklärt

Zu den ungeklärten Punkten werden die zuständigen Magistratsmitglieder zur Sitzung des Ausschusses am 25.04.2007 eingeladen.

einstimmig

## Seite 4 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 28.02.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

**0027**      **07-V-20-0008**  
Übersicht der durch den Magistrat bis 31.12.2006 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben

Stv. Koch fragt nach Punkt 2 der Auflistung.

Herr Schäfer (Leiter der Kämmerei) berichtet, dass im Haushalt 04/05 erstmals in den Bereich Wiesbaden und AKK unterteilt wurde. Das Umweltamt hatte für AKK 10 % der Mittel angesetzt; dies war zu wenig. Die Zusetzung von 80.000 € war durch eingesparte Mittel gedeckt.

einstimmig

**0028**      **07-V-36-0007**  
Zukunft des Umweltlabors

Auf Nachfragen teilt Herr Kowohl mit, dass das Gebäude mit zu ELW überführt wird. Das Umweltlabor wird auf dem Gelände der Kläranlage untergebracht. Die Liegenschaft steht im Eigentum von ELW. Auch die Einrichtungsgegenstände werden in das Eigentum von ELW überführt. Wenn Hessenwasser das Umweltlabor übernommen hätte, wäre das Verfahren genauso gewesen. Die gesamte Abwicklung / Überführung des Umweltlabors wird in Absprache mit Dezernat III durchgeführt.

Stv. Klüssendorf hält den Zeitraum von 2 Jahren für die Umsetzung der notwendigen Maßnahmen für zu lang.

Herr Kowohl bestätigt, dass 2 Jahre zunächst zu lang erscheinen können, hält diesen Zeitraum allerdings für angemessen um mögliche Kosteneinsparungen zu prüfen.

Vors. Tollebeek weist darauf hin, dass der ELW-Geschäftsbericht dem Revisionsausschuss vorgelegt wird.

gegen SPD

**0029**      **07-A-19-0006**  
a) Steuerung von Schulsanierungsmaßnahmen  
b) Bericht zum Neubau der Schule für Praktisch Bildbare

Vors. Tollebeek fragt nach der noch ausstehenden Vorlage zur Neuregelung/Projektsteuerung von Hochbaumaßnahmen.

Diese Vorlage ist für den Sommer 2007 angekündigt.

Herr Brunke (Hochbauamt) und Herr Pohlenz (Schulamt) betonen, dass die Beschlusslage befolgt wird. Die Vorlagen zu Schulsanierungsmaßnahmen laufen so, wie dies in den gemeinsame Gesprächen beschlossen wurde.

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, ob alle Projekte im Zeitlimit sind bzw. ob Zusatzkosten entstehen.

## Seite 5 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 28.02.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Herr Brunke erklärt, dass man sowohl bei der Zeit als auch bei den Kosten bei den lfd. Maßnahmen im Zeitlimit liege.

Vors. Tollebeek schlägt vor, für die nächste Sitzung des Ausschusses die zuständigen Magistratsmitglieder für den Bereich Hochbau und Schulen einzuladen, damit diese konkret zur Steuerungsgestaltung von Schulsanierungsmaßnahmen Stellung nehmen können. Dies wird durch ein gesondertes Einladungsschreiben erfolgen.

Zur Vorbereitung der Sitzung wird der Magistrat außerdem gebeten, rechtzeitig vorher eine Übersicht über alle lfd. Schulsanierungsmaßnahmen vorzulegen, aus der Kostenschätzungen, aktuelle Kostenübersichten, Übersichten über die Baukosten und den zeitlichen Ablauf, über den Projektstatus usw. hervorgehen.

Der Ausschuss geht außerdem davon aus, dass standardisierte Sitzungsvorlage nur Neugestaltung von Hochbaumaßnahmen seit dem 01.03.2007 Verwendung findet.

Der Ausschuss nimmt die mdl. Ausführungen von Herrn Brunke zum Neubau der Schule für Praktisch Bildbare zur Kenntnis.

Der Ausschuss hält im Beschluss die Bitte an den Magistrat fest, rechtzeitig zur nächsten Ausschusssitzung einen Projektbericht zur zeitlichen und finanziellen Abwicklung der Maßnahme bis zum Zeitpunkt der Übergabe der Schule vorzulegen.

Es besteht außerdem Einigkeit darüber, dass Dezernat VIII/64 gebeten wird, die Baumaßnahme fachlich zu überprüfen.

Das Revisionsamt wird mit der Prüfung der Gesamtmaßnahme direkt beauftragt.

einstimmig

### **0030 07-V-66-0203**

Mittelmehrbedarf Fußgängersicherung Rheingaustraße / Ehrengardstraße, Wiesbaden-Schierstein

Herr Gunkel (Tiefbauamt) berichtet über den Vorgang.

Die Angelegenheit sei nicht optimal gelaufen. In 2004 gab es eine Kostenaufstellung, nach der 5.500 € benötigt werden. Die Maßnahme sollte nicht in SAP-Maßnahmen einfließen (gem. Topf – keine Einzelmaßnahme) und wurde daher noch in 2006 “durchgezogen”.

Für die Maßnahme boten sich verschiedene Methoden der Umsetzung an (z.B. Aufkleben einer Fußgängerinsel). Daneben war auch eine Versetzung der Bordsteine notwendig. Die eingeholten Angebote für das Ändern der Bordsteine war viel zu hoch angesetzt, was aber dem Sachbearbeiter nicht sofort auffiel. Es war zunächst nur klar, dass man mit dem Ansatz nicht auskommen würde. Daher wurde ein Mittelmehrbedarf angemeldet.

Durch das geänderte Angebot in Bezug auf die Bordsteine ist der Mittelmehrbedarf geringer ausgefallen. Zusätzlich konnten die geringeren Mehrkosten über den Straßenerhaltungstopf abgerechnet werden. Zu diesem Zeitpunkt war aber die Sitzungsvorlage zum Mittelmehrbedarf bereits im Geschäftsgang.

## Seite 6 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 28.02.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Die Vorlage wurde im letzten Sitzungszug kurzfristig zurückgezogen, als sie bereits als Beratungsgegenstand auf der TO des Ausschusses aufgeführt war.

Die nicht mehr notwendige Mehrausgabe und die Rücknahme der Vorlage sind sachlich und inhaltlich nachvollziehbar

Der Ausschuss sieht keinen Handlungsbedarf.

Unter diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Ausschuss die mdl. Ausführungen von Herrn Specht (Tiefbauamt) zu Punkt 2 des Beschlusses des Revisionsausschusses Nr. 0015 vom 24.01.2007 zu Vorlage Nr. 07-V-66-0203 zur Kenntnis.

Der Ausschuss hatte seinerzeit um Information über das Investitionscontrolling und das Baustellen- und Verkehrssicherungs-Controlling gebeten.

Herr Specht (Tiefbauamt) berichtet mdl. zu diesem Punkt und teilt mit, dass die Verkehrssteuerung auch einem Controlling unterliegt.

Damit hat die Angelegenheit ihre Erledigung gefunden.

einstimmig

### 0031 Verschiedenes

Der Ausschuss erinnert an die Vorlage der Übersicht über das Volumen der Freihändigen Vergaben (s. auch Beschluss Nr. 0002 des Ausschusses vom 24.01.2007 zur Vorlage Nr. 06-V-03-0006) und erwartet, dass diese bis zur nächsten Sitzung des Ausschusses am 25.04.2007 in geeigneter schriftlicher Form vorliegt.

einstimmig

**0032 06-F-01-0067**  
Annahme von Belohnungen und Geschenken; HIER: Zwischenbericht

einstimmig

**0033 07-V-30-0002**  
Versicherungswesen  
**und**

**0034 06-V-30-0010**  
Bericht zu den Versicherungsverhältnissen der Landeshauptstadt Wiesbaden; HIER: mdl. Vortrag des Rechtsamtes

## Seite 7 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 28.02.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Zu diesem Punkt sind neben Stadtrat Grella Frau Pflugradt und Herr Muth (Rechtsamt) anwesend die den schriftlichen Bericht zum Versicherungswesen vorstellen und für Nachfragen zur Verfügung stehen.

Es wird z.B. darüber berichtet, dass bei der **Gebäudefeuerversicherung** rd. 10 Schäden aufgetreten sind. Objekte mit geringem Wert aus der Versicherung herauszunehmen, hätte vom Versicherungsbetrag her kaum eine Bedeutung. Die einzelnen Schäden können aber durchaus in den fünfstelligen Bereich gehen. Im Moment wird mit Hochdruck an einem Vorschlag des Rechtsamtes gearbeitet (für Magistrat 27.03.07 vorgesehen).

Bei der **Einbruch-/Diebstahlversicherung** gab es in den letzten Jahren eine positive Entwicklung, die im Moment leider rückläufig ist. Man denkt über Schadensschwerpunktbereiche nach.

Vors. Tollebeek wirft ein, dass man durchaus über den Einsatz von SGB-II-Empfängern als Parkaufsicht o.ä. nachdenken sollte.

Frau Pflugradt greift die Idee auf und teilt mit, dass man mit dem Amt für Soziale Arbeit und dem Schulamt nach geeigneten Maßnahmen suchen wird.

Für das **Leitungswasser im Rathaus** gibt es eine Versicherung im Kristallpaket, die man übernehmen sollte.

Die Eigenbetriebe, außer den Kurbetrieben, haben einen eigenen Weg eingeschlagen, was vom Rechtsamt als nicht ganz unproblematisch angesehen wird, da mehrere Versicherer tätig sind.

Stv. Dr. Goßmann weist darauf hin, dass die bekannten Kündigungsfristen eingehalten werden müssen und fragt außerdem nach der bereits nachgefragten Gebäudeliste.

Die Gebäudeliste wird zugesagt.

Frau Pflugradt hat die Liste dabei. Sie wird z.Zt. aktualisiert. Auf Nachfrage von Stv. Reiß teilt sie mit, dass auch Kleinobjekte in der Liste aufgeführt sind. Man kann davon ausgehen, dass alle Gebäude aufgelistet sind.

Herr Schäfer (Leiter der Kämmerei) weist darauf hin, dass man seit der Vorbereitung von SAP seit ca. 5 Jahren mit einem neuen Anlageverfahren arbeitet und ständig auch mit den Fachämtern abgeglichen wird.

Stadtrat Grella berichtet zu dem Punkt, dass der Vorteil der Kristallversicherung u.a. auch darin besteht, dass alle Gebäude bei der Feuerversicherung abgedeckt sind, auch wenn sie nicht einzeln aufgelistet wären.

einstimmig

**0035**      **07-A-19-0004**  
Rechnungslegung ELW Betriebsgemeinschaft

## Seite 8 der Niederschrift über die Sitzung des Revisionsausschuss am 28.02.2007

Beschl. Vorlagen Beratung und Abstimmung gemäß § 61 HGO  
Nr. Nr.

---

Stv. Klüssendorf fragt nach den Darlehen, die in 2003 ca. 14.000 € betrugten. Gibt es dazu eine Rechnungslegung? Wie hoch ist der Stand der Darlehen/Rückforderung?

Herr Wack berichtet dazu, dass der Betriebsleiter die Pflicht gehabt hätte, die Darlehensvergabe zu prüfen. Man habe mit dem Revisionsamt Kontakt aufgenommen und gebeten, die Kasse zu prüfen. Der Verdacht wurde bestätigt, dass Unregelmäßigkeiten aufgetreten sind. Der Betrag, den die ELW-Betriebsgemeinschaft ausgezahlt hat, wurde noch einmal ausgezahlt. Die Darlehen wurden nach subjektiven Kriterien vergeben.

Durch den neuen Vorstand, den neuen Kassierer usw. sei die ELW-Betriebsgemeinschaft auf neue Füße gestellt worden. Vorher war alles mit Mitgliedern des Personalrates besetzt. In 2002 wurde der Zuschuss zum letzten Mal gezahlt. Ab 2003 wurde er gestrichen.

Stv. Dr. Goßmann fragt nach, ob Herr Erb an den Unregelmäßigkeiten beteiligt war (der Name fiel oft).

Herr Wack bestätigt dies. Herr Erb habe noch ca. 10 Arbeitsjahre vor sich. Man habe zwischenzeitlich alle Darlehensnehmer eingeladen und befragt. Der neue Vorstand habe die Verfahrensweise nicht nachvollziehen können und einen Schlusstrich gezogen. Die Darlehensnehmer haben geschworen, dass alle Beträge ordnungsgemäß zurückgezahlt worden seien.

Auf Nachfrage von St. Klüssendorf berichtet Herr Wack, dass man den Mitarbeitern nichts mehr nachweisen konnte und von daher auch keine Konsequenzen möglich waren. Durch die neue Satzung sei der Betriebsleiter nicht mehr Kassenprüfer.

einstimmig

Anlagen

Wiesbaden, . April 2007

Der Vorsitzende

Der Schriftführer

weitere Schriftführerin

Tollebeek

Koch

Koba